

**Fédération des Victimes
du Nazisme Enrôlées de Force** a. s. b. l.

REPRÉSENTANT: L'ASSOCIATION DES PARENTS DES DÉPORTÉS MILITAIRES LUXEMBOURGEOIS
LA LIGUE LUXEMBOURGEOISE DES MUTILÉS ET INVALIDES DE GUERRE 1940-45 - L'AMICALE
DES ANCIENS DE TAMBOW - L'ASSOCIATION DES ENRÔLÉS DE FORCE VICTIMES DU NAZISME

Organe officiel:
„Les Sacrifiés“
Bulletin mensuel

Boîte postale No 2415
LUXEMBOURG-GARE

Compte chèque postal No 3 13 29

Luxembourg, le 18. September 1978.
9, rue du Fort Elisabeth

An Herrn Dr. Bernard VOGEL
Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz

113, Rheinstrasse
D- 6500 Mainz

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident !

Erst heute liegen uns die von der luxemburgischen Regierung ausgedruckten offiziellen Texte der Reden vor, die anlässlich des ersten offiziellen Staatsbesuches unseres Herrscherhauses in die Bundesrepublik Deutschland, vom 28.02.77-04.03.1977, gehalten wurden.

In seinen Reden hat unser Grossherzog die bittere Zeit der Naziterror-Herrschaft in Luxemburg gestreift.

Sie selbst haben gesagt, dass es der sehnlichste Wunsch von Rheinland-Pfalz sei, die Untaten und Grausamkeiten des NS-Regimes wieder gut zu machen. Sie hoffen ebenfalls dass, nach der vielfach belasteten Vergangenheit, eine gut nachbarliche Zusammenarbeit und Freundschaft entstehe.

Sie wissen gewiss, dass zwischen Luxemburg und der BRD immer noch eine leidige Streitfrage in der Schwebe ist : DIE ZWANGSREKRUTIERTENFRAGE !

Unsere Jugend wurde 1942 entgegen allem Völker- und Menschenrecht in die Deutsche Wehrmacht gezwungen, wo sie viel bitteres Leid erfuhr und rund 29% den Tod erlitten. Diese Jugend musste wegen drohender Sippenhaft und anderen schweren Ueberlegungen gegen ihre eigenen Freunde kämpfen , die die Alliierten waren und auf deren Seite Luxemburg stand.

Die Bonner Regierung verschanzt sich hinter Gesetzestexten und Paragraphen, wenn das Problem erneut angeschnitten wird. Ein Hartes NEIN ! Das steht im Gegensatz zu Ihren oben erwähnten Ausführungen über Wiedergutmachung.

Wir kämpfen dafür, dass wir von der Bundesregierung und Deutschland als NAZIOPFER anerkannt werden, und nicht als Kriegsoffer, so wie das im Staats-"Schandvertrag" von 1950 festgehalten wurde. Es drängt sich eine Revision dieses Vertrages auf, damit die Zwangsrekrutierten, die in ihren elementarsten Menschenrechten verletzt sind, endlich zu ihrem Recht kommen. Schöne, aber leere Worte dienen uns nicht viel.

Sie sprechen ebenfalls das Thema Europa an.

Unsere Föderation, die rund 12.000 lebende oder tote Zwangsrekrutierte und deren Angehörige vertritt, wird mit aller Vehemenz gegen eine Vereintes Europa eintreten, dem die BRD angehört . Und dies so lange, bis Deutschland seine moralischen und finanziellen Schulden getilgt hat.

Durch Ihre Aeusserungen ermutigt, bitten wir Sie andurch unsere Sache zu vertreten in Ihrem Rheinland-Pfalz, in Ihrer Partei und im Bonner Parlament. Wir hoffen gerne, dass Sie sich auch hier einsetzen, so wie Sie es in Ihrer Rede gegenüber unserem Staatsoberhaupt gesagt haben.

Für die F.V.N.E.F.
Der Präsident

Jos. WEIRICH

Hochachtungsvollst